

MOTION von Jürg Stünzi (Grüne, Küsnacht), Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon) und Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich)

betreffend Gratisbenutzung des öffentlichen Verkehrs bei Ozonlagen

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche es ermöglicht, bei Ozonlagen im Zürcher ZVV-Gebiet die Gratisbenutzung des öffentlichen Verkehrs (öV) anzubieten.

Der Einnahmehausfall des ZVV, der durch diese Massnahme entsteht, soll durch den Strassenfonds oder eventualiter aus allgemeinen Steuermitteln abgegolten werden.

Jürg Stünzi
Esther Hildebrand
Heidi Bucher-Steinegger

162/2003

Begründung:

In den letzten Wochen sind die Ozonwerte im Grossraum Zürich, aber auch in der ganzen Schweiz und in den umliegenden Ländern fast dauerhaft und massiv überschritten worden. Trotz Massnahmenplänen und vielen umgesetzten Massnahmen können die Grenzwerte insbesondere für Ozon an heissen und schönen Sommertagen seit Jahren nicht eingehalten werden.

Hohe Ozonbelastungen sind gesundheitsschädigend für Mensch, Tier und Pflanzen. Insbesondere empfindliche Menschen wie Kleinkinder und ältere Menschen sind durch die Ozonbelastung gesundheitlich bedroht. Hohe Ozonwerte führen auch zu Ernteverlusten in der Landwirtschaft und schädigen das Ökosystem (Wald).

Grundsätzlich sind nur langfristig wirksame Massnahmen zur Reduktion der Vorläufersubstanzen (insbesondere VOC und NOx) wirksam, um die Schadstoffbelastung zu reduzieren. Die bisherigen Massnahmen greifen nicht genügend, wie die dauernden Grenzwertüberschreitungen belegen.

Zusätzlich müssen deshalb durch kurzfristig wirksame Massnahmen die Ozonspitzen gebrochen werden. Dazu muss die Schadstoffbelastung bei solchen Wetterlagen insbesondere durch die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und das Umsteigen auf den öV reduziert werden.

Mit der geforderten Gratisbenutzung wird ein freiwilliger Anreiz geschaffen, an solchen Tagen nach Möglichkeit das Auto stehen zu lassen und den öV zu benutzen. Der dadurch entstehende Einnahmehausfall beim ZVV soll grundsätzlich durch den Strassenfonds oder eventualiter aus allgemeinen Steuermitteln abgegolten werden.

Diese Massnahmen sind aus Sicht der Gesamtkosten sinnvoll, da die externen Folgekosten der übermässigen Schadstoffbelastung insbesondere durch das Ozon massiv höher sind als die geforderte Abgeltung des Einnahmehausfalls beim ZVV.

Wieder aufgenommener Vorstoss.

Ursprüngliche Einreicher: Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf), Barbara Hunziker Wanner (Grüne, Zürich) und Jürg Stünzi (Grüne, Küsnacht)